

- | | | |
|----|--|---------------|
| 12 | Neue Fahrradbügel
CDU-Fraktion | 0047/6 |
| 13 | Abfallbehälterkonzept für den Bezirk
CDU-Fraktion | 0050/6 |
| 14 | Poller am Platz Horstweg/Wundtstraße wieder entfernen
FDP-Fraktion | 0051/6 |
| 15 | Havelchaussee II – Durchgangsverkehr beenden
Fraktion DIE LINKE | 0052/6 |
| 16 | Teufelsberg und Ökowerk an ÖPNV anbinden
Fraktion DIE LINKE | 0055/6 |
| 17 | Straßenschäden an der Fußgängerampel
Koenigsallee/Hasensprung
AfD (fraktionslos) | 0056/6 |
| 18 | Bitte prüfen Sie, ob die Drucksachen noch aktuell sind und wie mit Ihnen ggf. verfahren werden soll:

Offene Drucksachen aus der 5. Wahlperiode (siehe Anlage) | |
| 19 | Verschiedenes | |

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

H. Wuttig
Ausschussvorsitzender

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempf

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0011/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Langfristiges Konzept für den Breitscheidplatz

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, darauf zu achten, dass bei der Umsetzung des Verkehrskonzepts zur Umgestaltung des Breitscheidplatzes die Vorgaben aus dem Berliner Mobilitätsgesetz beachtet werden.

Darüber hinaus soll bei der Umgestaltung auch das Umfeld, wie zum Beispiel der Ku'damm in den Blick genommen werden, um eine integrierte Entwicklung des gesamten Bereichs zu ermöglichen. Hierbei sollen vor allem die bestehenden Beschlüsse der BVV (z. B. 1713/5) berücksichtigt werden.

Für die Sicherung des Platzes sollen nur dann Poller verwendet werden, wenn es keine andere Möglichkeit gibt. Stattdessen ist die Verwendung von schützendem Stadtmobiliar vorzuziehen, wodurch gleichzeitig auch der Platz aufgewertet werden kann (Begrünung, Sitzgelegenheiten etc.).

Die weitere Ausgestaltung des Konzepts sollte durch einen offenen Wettbewerb geschehen. Die Gremien der BVV sind fortwährend zu beteiligen.

Der BVV ist erstmalig bis zum 30.06.2022 zu berichten.

Begründung:

Wie man der Presse entnehmen konnte, soll der Breitscheidplatz nun durch ein neues dauerhaftes Verkehrskonzept des Bezirks umgestaltet und gesichert werden. Dass nun Bewegung in die jahrelange Diskussion kommt, ist sehr zu begrüßen.

Gleichzeitig muss in dem Konzept sichergestellt werden, dass die aktuellen Anforderungen aus dem Berliner Mobilitätsgesetz ebenso berücksichtigt werden, wie Anforderungen, die sich aus dem näheren Umfeld ergeben.

So ist es zum Beispiel wichtig, dass bei der Umgestaltung des Breitscheidplatzes auch der Kurfürstendamm mitgedacht wird und der Beschluss zur Umgestaltung entweder gleichzeitig umgesetzt wird oder man sich zumindest für eine spätere Umgestaltung alle Möglichkeiten offenhält.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Hansen

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0013/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Mehr Sicherheit an der Einfahrt Kurfürstendamm in die Schwarzbacher Straße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, die Einfahrt vom Kurfürstendamm in die Schwarzbacher Straße (trotz Ampelanlage) für Fußgänger*innen sicherer zu gestalten.

Der BVV ist bis zum 30.04.2022 zu berichten.

Begründung:

Die schmale Einfahrt vom Kurfürstendamm in die Schwarzbacher Straße wird aufgrund der Zufahrt zur A 100 Richtung Süden und zur Belieferung der Bauhausfiliale verstärkt durch Schwerlastverkehr genutzt. An der Ampelanlage kommt es oft zu gefährlichen Situationen für Fußgänger*innen, die nicht gesehen werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

CDU-Fraktion

Frey/Schmidt-Statzkowski

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0014/6**

Beratungsfolge:

*Datum**Gremium*

BVV

Ein Blitzer für die Reichsstraße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich bei den zuständigen Stellen für die Errichtung eines stationären Blitzers in der Reichsstraße auf Höhe der Coburgallee einzusetzen.

Der BVV ist bis zum 31. Januar 2022 zu berichten.

Begründung:

Der oben genannte Bereich wird stark von Fußgängerinnen und Fußgängern frequentiert, die die Straße überqueren. Leider wird die geltende Geschwindigkeitsbegrenzung (tagsüber sind 50 km/h gestattet) regelmäßig ignoriert.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Buß/Wuttig

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0018/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
--------------	----------------

BVV

Das Radfahren am Prager Platz sicherer machen!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten zu prüfen, welche Maßnahmen zur Sichtbarkeit einer Radverbindung in der Sackgasse am Prager Platz in der Aschaffener Straße möglich sind.

Dabei ist unter anderem zu prüfen, ob durch eine Markierung auf dem Asphalt, sich das Problem der zugeparkten Radverbindung lösen lässt.

Weiterhin soll geprüft werden, wie der am Prager Platz die Motzstraße querende Radweg so gestaltet werden kann, dass eine für alle Verkehrsteilnehmenden deutlich sichtbare und damit eindeutige Vorfahrtsregelung geschaffen wird.

Der BVV ist bis zum 30.06.2022 zu berichten.

Begründung:

Die Aschaffener Straße endet am Prager Platz in einer Sackgasse. Für Radfahrer*innen ist auf dem Bürgersteig ein Radweg markiert. Die Verbindung ist jedoch stets komplett zugeparkt.

Radfahrer*innen müssen auf den Gehweg ausweichen, für Gespanne mit Anhänger ist es dort wegen eines Cafés und den Auslagen eines Blumenladens zu eng. Die Autofahrer*innen können tatsächlich auch nicht erkennen, dass sie die Fahrradverbindung zuparken, da es keinerlei Hinweise in der Sackgasse dazu gibt.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Grüne/SPD
Kempf/Weise/Zimmer/Sempf

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0037/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Anschaffung eines bezirkseigenen Abschleppwagens

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, zu prüfen, inwieweit ein bezirkseigener Abschleppwagen angeschafft werden kann, um dem Ordnungsamt die Möglichkeit zu geben, eigenständig Fahrzeuge umzusetzen.

Der BVV ist bis zum 30.6.2022 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Pönack

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0039/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Reichsstraße/Kastanienallee anwohnerfreundlich nachbessern

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert zusammen mit den Anwohnern, sowie den Gewerbetreibenden an der Reichsstraße Ecke Kastanienallee in ein Dialogverfahren einzusteigen, um den Kreuzungsbereich unter den Aspekten Schulwegsicherheit, Fahrradabstellanlagen, sowie Falschparker und Parksituation zu diskutieren und ggf. Nachbesserungen in die Wege zu leiten.

Das Bezirksamt möge bis zum 31.03.2022 berichten.

Begründung:

Die Gehwegsanierung in der Reichsstraße war ein guter erster Schritt. Jedoch gibt es weiterhin Verbesserungspotential in der Entwicklung der Reichsstraße. Vor allem der nördliche Bereich der oben genannten Kreuzung ist aufgrund der Nähe zur Reinhold-Otto-Grundschule nochmals zu betrachten. Als mögliches Vorbild könnte die Kreuzung Reichsstraße Ecke Eschenallee dienen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempf/Dr. Murach

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0043/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Kein Halteentfall der ICE - Züge im Bahnhof Südkreuz

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, gemeinsam mit dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg, sich gegenüber der DB Netz dafür einzusetzen, dass der ab Dezember 2022 für 3 Jahre geplante Entfall aller Halte der ICE-Züge im Bahnhof Südkreuz im Zuge der Umstellung der Signaltechnik zwischen Berlin und Jüterbog verhindert wird.

Durch eine verbesserte Zusammenarbeit in der Fahrplankoordinierung im Schienenpersonennahverkehr mit den zuständigen Ländern Berlin und Brandenburg ist ein weiterer Halt aller ICE - Züge im Südkreuz zu gewährleisten und eine Verlängerung der Fahrzeiten für die Bürger*innen aus dem Süden Wilmersdorf in Richtung Frankfurt/Main und München um bis zu 25 Minuten zu vermeiden.

Der BVV ist bis zum 30.06.2022 zu berichten.

Begründung:

Die DB Netz AG plant für die Anhalterbahn die schrittweise Umstellung der Signaltechnik von LZB auf ETCS. Durch die notwendige Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit auf 160 km/h und die Fahrzeitverlängerung um 4 Minuten ist der Entfall der Halte in Südkreuz geplant, wodurch sich für alle südlichen Bezirke Berlins erheblich Verschlechterungen ergeben würden. Der für den Regionalverkehr zuständige Verkehrsverbund Berlin Brandenburg war selbst überrascht und es gab keine Versuche der DB Netz eine Optimierung der Fahrpläne zwischen Fern- und Regionalzügen mit der Beibehaltung des Haltes in Südkreuz zu erarbeiten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Pönack

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0044/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Ressortübergreifende Datenbank zur Erfassung von Straßenmöbeln und deren regelmäßige Instandhaltung

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert eine einheitliche, d. h. ressortübergreifende, und digitale Datenbank zur Erfassung von Sitzbänken und anderen Straßenmöbeln im Bezirk anzulegen, um sowohl den aktuellen Bedarf abzubilden als auch die regelmäßige Instandsetzung zu gewährleisten.

Das Bezirksamt möge bis zum 31.05.2022 berichten.

Begründung:

Um dem Bestreben des Abgeordnetenhauses (§ 54 Absatz 2 Satz 4 MobG BE) nachzukommen, ist eine entsprechende Datenbank die Grundlage. Hier gilt es die aktuell unübersichtliche Lage und die obsoleten Strukturen zu überwinden. Neben der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Straßenland ist es insbesondere notwendig dem demographischen Wandel im Bezirk gerecht zu werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Pönack

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0047/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Neue Fahrradbügel

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die bestehenden spiralförmigen Fahrradbügel in der Soorstraße Ecke Fredericiastraße im Sinne der Verkehrssicherungspflicht zu ersetzen. In folgenden Straßenzügen sollen ergänzend zum bestehenden Konzept „Fahrradabstellanlagen an Straßen in Charlottenburg-Wilmersdorf“ (Fahrradabstellanlagenkonzept) zusätzliche Fahrradabstellanlagen entsprechend den örtlichen Gegebenheiten, unter Berücksichtigung von Gastronomie und Einzelhandel, aufgestellt werden:

- Fredericiastraße,
- Stülpnagelstraße.

Der BVV ist bis zum 17.03.2022 zu berichten.

Begründung:

Insbesondere in den Nebenstraßen ist es von Bedeutung eine bessere Fahrradbügelinfrastruktur bereitzustellen, da die vorhandenen Bügel schlicht und ergreifend nicht ausreichen, um den bestehenden Bedarf gerecht zu werden. Hier gilt es auch darum, neugepflanzte Straßenbäume von angeschlossenen Fahrrädern zu befreien und dem öffentlichen Straßenland eine übersichtliche Ordnung auf Grundlage des Fahrradabstellkonzeptes zu verleihen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Pönack

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0050/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Abfallbehälterkonzept für den Bezirk

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, ein Konzept zusammen mit der Berliner Stadtreinigung (BSR) für die Aufstellung, die regelmäßige Leerung und die Instandhaltung der Abfallbehälter im Bezirk zu entwickeln, beginnend mit der Johannisberger Straße.

Der BVV ist bis zum 30.04.2022 berichten.

Begründung:

Zwischen Heidelberger Platz und Wiesbadener Straße fehlen schlicht und ergreifend ausreichend Abfallbehälter, um ein flächendeckendes Angebot für die Anwohner zu gewährleisten. Da dies kein Einzelfall im Bezirk ist, gilt es ein entsprechendes gemeinsames Konzept mit der BSR im Bezirk zu entwickeln und umzusetzen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Recke/Bergmann

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0051/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Poller am Platz Horstweg/Wundtstraße wieder entfernen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die aufgestellten Poller an der Kreuzung Horstweg/Wundtstraße wieder zu demontieren.

Begründung:

Die an der genannten Kreuzung aufgestellten Poller versperren die Verkehrsfläche sowie die Parkplätze auf der nördlichen Seite des Platzes. Verkehrsteilnehmer müssen einen unnötigen Umweg fahren und drängen sich nun an der südlichen Seite des Platzes aneinander vorbei. Die durch die Poller avisierte Verhinderung des Parkens an der Mittelinsel wird zwar erreicht, nun blockieren jedoch die Poller genau die Fläche, die zuvor durch Falschparker versperrt wurde. Das Bezirksamt parkt mit seinen Pollern quasi falsch. Auch die Ziele eines lebenswerten Stadtplatzes werden so nicht umgesetzt. Die Bürger gewinnen nur eine unansehnliche, von weiß-roten Stäbchen umrundete Asphaltinsel.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Grunde-Brunner/Juckel

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0052/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Havelchaussee II – Durchgangsverkehr beenden

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, auf einem Teilabschnitt der Havelchaussee ein Durchfahrtsverbot für den motorisierten Individualverkehr anzuordnen.

Dieser Teilabschnitt soll zwischen dem Grunewaldturm und nördlich des Parkplatzes an der Lieper Bucht angeordnet werden, jeweils mittels der Vorschriftzeichen 260 (Verbot für Kraftfahrzeuge und Krafträder) und dem Zusatzzeichen 1026-32 (Linienverkehr frei). Zusätzlich ist jeweils an der Einmündung Havelchaussee/Am Postfenn und am Übergang Kronprinzessinnenweg zur Havelchaussee das Richtzeichen 357-50 (Für Radverkehr und Fußgänger durchlässige Sackgasse) und das Zusatzzeichen 1026-32 (Linienverkehr frei) einzurichten.

Die für die Umsetzung notwendige Entlassung aus dem Hauptverkehrsstraßennetz soll das Bezirksamt in Abstimmung mit dem Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf bei der zuständigen Senatsverwaltung beantragen.

Nach Umsetzung der Anordnung soll das Bezirksamt gegenüber der Polizei darauf hinwirken, dass diese in regelmäßigen Abständen und möglichst zu den Hauptverkehrszeiten Schwerpunktkontrollen des Durchfahrtsverbots durchführt.

Darüber hinaus soll das Bezirksamt die Anordnung des Durchfahrtsverbots nach 12 Monaten evaluieren und der BVV einen Bericht vorlegen. Die Evaluierung soll möglichst in Abstimmung mit den Bezirken Steglitz-Zehlendorf und Spandau erfolgen. Zu prüfen ist dabei, wie bspw. durch Vororterkhebungen eine belastbare Datengrundlage über die Einhaltung des Durchfahrtsverbots entstehen kann. Sollten trotz des Durchfahrtsverbots regelmäßig Regelverstöße zu verzeichnen sein, sind weitere Maßnahmen (wie bspw. die Einrichtung von elektronischen Pollern oder Schranken) zu ergreifen.

Der bezirkliche Mobilitäts-Rat und die in ihm vertretenen Initiativen und Verbände sowie die Initiator:innen der Online-Petition „Macht die Havelchaussee zur Fahrradstraße!“ sind bei allen Planungen und der Durchführung sowie der Evaluierung zu beteiligen.

Das Bezirksamt wird weiterhin gebeten, sich bei der BVG und beim Aufgabenträger dafür einzusetzen, dass das Busangebot enger getaktet und auf die Abendstunden ausgedehnt wird.

Der BVV ist bis zum 30.04.2022 zu berichten.

Begründung:

In ihrer Sitzung am 19.11.2020 hat die BVV die Umwandlung der Havelchaussee zur sicheren Fahrradstraße beschlossen (DS 1583/5). Bis heute hat das Bezirksamt keine Vorlage zur Kenntnisnahme vorgelegt. Um die Nutzung der Ausflugstraße als Durchfahrt bzw. Umgehung zur Autobahn zu unterbinden und die Sicherheit für den Radverkehr schnellstmöglich und ohne komplizierte bauliche Maßnahmen herzustellen, soll ein Durchfahrtsverbot für den motorisierten Individualverkehr angeordnet werden. Die Durchfahrt soll auf dem Teilabschnitt zwischen Grunewaldturm und Lieper Bucht eingerichtet und eine Nutzung als Durchfahrtsstraße damit unterbunden werden. Sportler:innen, Gastronom:innen und Gewerbetreibenden sowie Besucher:innen der Ausflugslokale wird der Zugang zu den jeweiligen Einrichtungen durch die Sperrung für den Durchgangsverkehr nicht verwehrt.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Grunde-Brunner/Juckel

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0055/6**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Teufelsberg und Ökowerk an ÖPNV anbinden

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, sich gegenüber der BVG sowie den zuständigen Senatsstellen für eine Anbindung des Teufelsbergs sowie des Naturschutzzentrums Ökowerk e. V. über die Teufelsseechaussee an den ÖPNV einzusetzen, beispielsweise durch eine Änderung der Buslinie 349.

Der BVV ist zum 30.04.2022 zu berichten.

Begründung:

Bisher sind das Naherholungsgebiet Teufelsberg sowie das Naturschutzzentrum Ökowerk e. V. nur mit dem motorisierten Individualverkehr, mit dem Fahrrad oder mit einem langen Fußweg (jeweils mehr als 2 km) von den S-Bahnhöfen Grunewald oder Heerstraße zu erreichen. Mit der Anbindung der Teufelsseechaussee an den ÖPNV, beispielsweise über die an der Eichkampstraße entlangführende Buslinie 349, wären die beiden wichtigen Bildungs- und Erholungsorte im Westen Berlins endlich auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar. Insbesondere für Kindergartengruppen, Schulklassen oder mobilitätseingeschränkte Personen wäre somit ein unkomplizierterer Zugang möglich. Darüber hinaus schont die Möglichkeit, das eigene Kraftfahrzeug zur Anreise stehen zu lassen, das Klima und entlastet die Umwelt vom hohen Verkehrsaufkommen insbesondere in der warmen Jahreszeit.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
AfD (fraktionslos)
Kadow/Kohler

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0056/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Straßenschäden an der Fußgängerampel Koenigsallee/Hasensprung

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich an den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, das Schlagloch auf dem Fußgängerübergang Koenigsallee (Höhe Hasensprung) zu beseitigen.

Begründung:

Fahrbahnschäden behindern die Verkehrssicherheit bereits im Allgemeinen. Durch die angespannte Haushaltslage ist es sicherlich nicht möglich, jegliche Schäden auf den Straßen im Bezirk zu beheben. Allerdings hat der Schaden an der genannten Stelle nicht nur Auswirkungen auf den Autoverkehr. Erschwerend hinzukommt, dass das Überqueren der Fahrbahn an dieser Fußgängerampel nun nicht mehr barrierefrei möglich ist. Rollstuhlfahrer, Sehbehinderte und Familien mit Kinderwagen sind gezwungen auszuweichen, was den Weg verlängert und Gefahren verstärkt. Hier besteht akuter Handlungsbedarf!